

Anträge Landesparteitag DIE LINKE

Landesverband Baden-Württemberg

16./17. Oktober 2021

Filderhalle Leinfelden

Antragsheft

Inhalt

P1 Aufbau und Stärkung der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg Entwicklungsplan des Landesvorstandes 2021-2023	1
P2 Begrenzung des persönlichen Einkommens von Abgeordneten	3
P3 Linke Opposition und innerparteiliche Demokratie stärken statt Alleingänge von Spitzenfunktionär*innen für Regierungsbeteiligung	4
G1 Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und Bildung, rechtlicher und finanzieller Lenkung	6

P1 Aufbau und Stärkung der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg Entwicklungsplan des Landesvorstandes 2021-2023

Antragssteller: Landesvorstand

Die Bundestagswahl war ein herber Schlag für DIE LINKE, auch in Baden-Württemberg. Wir haben die Hälfte unserer Bundestagsmandate verloren, was neben unserer Repräsentanz in Berlin auch die Strukturen der Abgeordneten hier im Land stark reduziert. Wir werden nun in einen intensiven Aufarbeitungsprozess gemeinsam mit den Kreisverbänden, unseren Arbeitsgemeinschaften und Gremien treten. Unser Ziel ist eine dauerhafte Stabilisierung unserer Strukturen auch in kleinen und mittleren Kommunen. Das Bundestagswahlergebnis von September 2021 darf sich nicht wiederholen. Doch der Schock sitzt nicht nur bei uns tief. Am Wahlabend und in den folgenden Tagen erlebten wir eine Eintrittswelle – auch in Baden-Württemberg. Eine ganze Reihe von Sympathisierenden war sichtlich erschrocken über den nur äußerst knappen Einzug der LINKE in den Bundestag und hat sich für eine Mitgliedschaft entschieden. Darauf wollen wir aufbauen. Gemeinsam mit unseren neuen und alten Mitgliedern werden wir aufarbeiten, uns verbessern und wieder stärker werden.

Auf uns kommen zwei wahlfreie Jahre zu bis zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024. Wir wollen diese Zeit nutzen, um unsere bisherigen Strukturen im Land zu stabilisieren und uns

43 weiter im Land zu verankern. Unser Ziel ist es, bei der kommenden Kommunalwahl deutlich
44 öfter anzutreten. Unser Fokus liegt daher auf der weiteren Verankerung in den klein- und
45 Mittelstädten.

46
47 Dabei werden wir uns auf folgende Aspekte besonders konzentrieren:

48
49 - Wohnkampagne: Beim Landesparteitag werden wir eine Kampagne für bezahlbares Wohnen
50 vorstellen, die uns die nächsten zwei bis drei Jahre begleiten soll. Ziel der Kampagne ist nicht
51 nur die Stärkung unserer Bündnisarbeit und unseres landespolitischen Profils, sondern
52 insbesondere auch ein Mitmach-Angebot für alle Mitglieder - ob jung oder alt, ob Land oder
53 Stadt - zu entwerfen. Begleitet wird die Kampagne von einer Qualifizierungsoffensive in
54 Kooperation mit den KompoFo, um bereits frühzeitig vor der Kommunalwahl
55 kommunalpolitische Kompetenzen aufzubauen und so die Anzahl unserer Antritte deutlich zu
56 erhöhen. In der letzten Phase der Kampagne treten wir dann in die Unterschriftensammlung
57 zum Volksantrag „mehr sozialen und kommunalen Wohnungsbau“ ein.

58
59 - Politische Bildung: wir werden unseren neuen Mitgliedern Angebote der politischen Bildung
60 und Vernetzung im Landesverband machen. Mitte November wird als Start eine U35 Konferenz
61 stattfinden. Die politische Bildungsarbeit wollen wir dafür auf stärkere Beine stellen im
62 nächsten Landesvorstand und die dafür zuständigen Strukturen zusammenbringen. Unsere
63 bisherige Bildungsarbeit wollen wir ausweiten, stärker regionalisieren und systematisieren.
64 Denkbar wären regionale Frühjahrsschulen in allen Regierungsbezirken, die politische Inhalte
65 vertiefen und Handwerkszeug vermitteln für die tägliche Praxis. Damit wollen wir Wissen und
66 Fertigkeiten in der Partei verallgemeinern.

67
68 - Ländlicher Raum: Anknüpfend an die intensive Arbeit der Arbeitsgruppe „Aufbau in der
69 Fläche“ wollen wir die vor uns liegenden Jahre dazu nutzen, die erarbeiteten Maßnahmen nun
70 umzusetzen. Dafür arbeiten wir mit den Kreisverbänden, den Arbeitsstrukturen und Gremien
71 eng zusammen und siedeln das Thema „Aufbau in der Fläche“ explizit im nächsten
72 Landesvorstand an. Wir wollen ausgehend von den Ober- und Mittelzentren unsere
73 Parteistrukturen stetig in die Kleinstädte und in den ländlichen Raum erweitern.

74
75 - Linke Kommunalpolitik: Die Zusammenarbeit mit unseren kommunalen Mandatsträger:innen
76 wollen wir ausbauen, u.a. durch eine kommunalpolitische Konferenz. Wir wollen unsere
77 kommunalpolitische Arbeit im Sinne einer „Halbzeitbilanz“ in- und außerhalb der kommunalen
78 Gremien evaluieren und schauen was gut lief und wo wir uns noch verbessern können. Dabei
79 wollen wir auch über die Erfolge linker Kommunalpolitik sprechen wie beispielsweise die
80 Einführung von Sozialtickets in mehreren Gemeinden. Ziel ist eine bessere Grundlage, vertiefte
81 Expertise und breites Interesse für linke Kommunalpolitik.

82
83 - Gemeinsam in der Partei: Wir wollen, dass alle sich gleichermaßen im Landesverband und in
84 den Kreisverbänden engagieren können. Dafür wollen wir die Wege, die wir bereits mit der
85 Mitgliederbefragung Ende 2019 und dem sehr offenen Prozess zur gemeinsamen Erarbeitung
86 des Landtagswahlprogramms 2020 gegangen sind weiter beschreiten. So weit möglich und vom
87 Arbeitsprozess sinnvoll wollen wir online-Mitmachangebote anbieten. Gleichzeitig wollen wir
88 die Mitarbeit im Landesverband durch den Abbau von Hemmnissen allen Mitgliedern
89 ermöglichen und damit verbreitern. Das soll insbesondere auch den Frauen* in unserem

90 Landesverband gleichberechtigte Zugänge ermöglichen. Familie, Beruf und politisches
91 Engagement müssen vereinbar sein – hier wollen wir noch besser werden.

92
93 - Bündnisarbeit im Land: Wir wollen in den kommenden zwei Jahren stärken, was in den Städten
94 bereits erfolgreich praktiziert wird - nämlich linke Bündnisarbeit. Die Vernetzung mit den uns
95 nahestehenden landesweiten Organisationen und Initiativen wollen wir stärken. Die personelle
96 Zusammensetzung des nächsten Landesvorstandes soll dies noch deutlicher widerspiegeln und
97 mit klaren Zuständigkeiten für Themenbereiche und Bündnisse arbeiten. Im Zuge dieser
98 Bündnisarbeit spielen lokale oder regionale Konflikte eine entscheidende Rolle. Denn
99 Bündnisarbeit funktioniert immer dann besonders gut, wenn sie einen konkreten Zweck verfolgt
100 und es ein gemeinsames Projekt oder einen gemeinsamen politischen Gegner gibt. Deshalb
101 spielen auch Bürgerentscheide und Volksentscheide für das Vorantreiben der Bündnisarbeit
102 eine wichtige Rolle. Dafür suchen wir den Austausch mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden,
103 der Klimabewegung, den Frauenverbänden, Mieterbund, den Werkstatträten,
104 Migrationsverbänden und antifaschistischen Gruppen, Initiativen und Bewegungen – um nur
105 einige zu nennen.

106
107 Darüber hinaus wollen wir uns auch thematisch tiefer aufstellen, beispielsweise in den
108 Themenbereiche Bildung, Kitas und Kinderbetreuung, aber auch Tariftreue und Arbeitspolitik.
109 Entscheidend sind dabei auch Zukunftsthemen wie der Umbau der Automobilindustrie zur
110 Mobilitätsindustrie, die Klimakrise oder Digitalisierung. DIE LINKE muss bei den anstehenden
111 Transformationen eine deutlich wahrnehmbare Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und
112 Klimagerechtigkeit sein.

113
114 Um sich derart breiter aufzustellen gilt es die kontinuierliche Arbeit der
115 Landesarbeitsgemeinschaften zu festigen oder - wo noch nicht vorhanden - neu aufzubauen.
116 Unser Ziel ist es stärker im Land zu werden. Wir wollen im Zuge der Wohn-Kampagne und
117 unserer intensiveren Bündnisarbeit gezielt Mitglieder gewinnen. Eine offene und
118 aktionsorientierte Partei, die verschiedene Formen der Mitarbeit kombiniert, ist attraktiv und
119 einladend für neue Menschen. Das wollen wir in den kommenden Jahren deutlich nach außen
120 tragen

121
122

123 P2 Begrenzung des persönlichen Einkommens von Abgeordneten

124 Der Landesparteitag möge beschließen:

125 Antragstellerin: AKL

126

- 127 1. Der Landesvorstand entwickelt ein Konzept zur Begrenzung von und zum Umgang mit
128 den Abgeordnetenvergütungen in der LINKEN.
- 129 2. Der Landesvorstand wirkt darauf hin, dass die Partei als Ganze sich mit diesem Thema
130 befasst.

131 **Begründung.**

132 In der KPÖ Graz z.B. stellen die Gemeinderäte seit Langem einen großen Teil der Vergütungen
133 für soziale Zwecke u.a. zur Verfügung. Dies erhöht ihre Glaubwürdigkeit und hat sicher auch
134 zum jüngsten Wahlerfolg der KPÖ in Graz beigetragen.

135 Abgeordnete der LINKEN tun dies ebenfalls. Es sollte aber eine einheitliche Regelung getroffen
136 werden, damit dies nicht von der persönlichen Einstellung abhängt.
137 Weitere Begründung ggf. mündlich

138
139

140 **P3 Linke Opposition und innerparteiliche Demokratie stärken statt Alleingänge von**
141 **Spitzenfunktionär*innen für Regierungsbeteiligung**
142 Antragstellerin: AKL

143 1. Mit prokapitalistischen Parteien kann DIE LINKE ihr Programm nicht durchsetzen.
144 Regierungsbeteiligung führt zu Wahlverlusten, wie sich am Beispiel von Berlin erneut zeigt oder
145 wie in Thüringen zum Erstarken der AFD.

146 2. DIE LINKE führt eine Debatte über Regierungsbeteiligungen unter Einbeziehung der
147 historischen Erfahrung der Arbeiter*innenbewegung und in Fortsetzung der Strategiekonferenz
148 vom Frühjahr 2020 und der aktuellen Debatte um die „Neuaufstellung“ der Partei.

149 3. Grundsätzlich müssen strategische, programmatische und taktische Positionierungen in den
150 Gremien der Partei diskutiert werden und dürfen nicht top down von den Fraktions- und
151 Parteivorsitzenden beschlossen und der Medienöffentlichkeit verkündet werden.

152 4. DIE LINKE setzt ihren Schwerpunkt auf außerparlamentarische Bewegungen (betriebliche und
153 Tarifikämpfe, Mietenbewegungen, antifaschistische und antirassistische Aktionen und andere
154 soziale Kämpfe), initiiert solche Bewegungen, bringt sich hier ein und politisiert sie.

155 5. Die Linke verbindet ihre Forderungen und Kampagnen mit dem erklärten Ziel, den
156 Kapitalismus zu überwinden und ihn durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.

157 **Begründung:**

158 „DIE LINKE sollte bei den künftigen Bundestagswahlen offensiv das Ziel eines Politik- und
159 Regierungswechsels vertreten“

160 Papier „Für eine solidarische Zukunft nach Corona“ von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jörg
161 Schindler, Harald Wolf. Mai 2020

162 „Offensichtlich haben die Leute eine Änderung gewollt. Und viele haben SPD gewählt oder
163 Grüne, weil sie mit denen die Änderung verbunden haben und nicht unbedingt mit den Linken“.

164 Bernd Riexinger nach der Bundestagswahl

165 Der Landesparteitag der LINKEN Baden Württemberg betrachtet die Stimmenverluste der Partei
166 DIE LINKE bei der Bundestagswahl sowie bei den Wahlen zum Landtag in Mecklenburg-
167 Vorpommern und dem Abgeordnetenhaus in Berlin **auch** als Ergebnis einer anhaltenden und in
168 der Endphase des Wahlkampfes noch verschärften Ausrichtung der Partei auf eine
169 Regierungsbeteiligung und der fehlenden Betonung des antikapitalistischen und sozialistischen
170 Anspruchs sowie der Vernachlässigung des außerparlamentarischen Kampfes und der
171 Verankerung in den Betrieben und Stadtteilen.

172 Bereits im Mai 2020 wurde diese falsche Orientierung durch das von Katja Kipping, Bernd
173 Riexinger, Jörg Schindler und Harald Wolf ohne Diskussion in den Parteigremien vorgelegte
174 Papier zur strategischen Positionierung mit dem Ziel einer Regierungsbeteiligung vorbereitet.

175 Mit der Absage von SPD und Grünen an eine gemeinsame Regierung mit der LINKEN bzw. deren
176 klaren Favorisierung einer Ampel Wochen vor der Wahl ging für die Partei und die
177 Wähler*innen die Option einer Regierungsbeteiligung durch DIE LINKE verloren. Anstatt
178 nachzuweisen, dass Grüne und SPD keineswegs für einen „Politikwechsel“ stehen – weder in
179 der sozialen noch in der Klimafrage –, wurden sie von der Führung der Partei als potenzielle
180 Koalitionspartner mit angeblichen programmatischen Schnittmengen hofiert und dadurch in
181 den Augen der Wähler als wählbar aufgewertet. Der Logik der Wahlstrategie der LINKEN folgend
182 sind dann hunderttausende Wähler*innen von der LINKEN zur SPD (820.000) und den Grünen
183 (610.000) gegangen, weil sie hofften, dass damit am ehesten soziale oder ökologische
184 Regierungspolitik erfolgt oder sie haben taktisch und als „kleineres Übel“ diese Parteien
185 gewählt, um Laschet zu verhindern oder – wie DIE LINKE immer sagte – eine Regierung links von
186 der CDU zu bekommen. Dass DIE LINKE als starke Opposition im Bundestag gebraucht wird,
187 haben die Wähler*innen selbst dann nicht von der LINKEN gehört, als SPD und Grüne offen auf
188 Ampel geschaltet hatten. Diejenigen, die keinen Unterschied mehr zwischen der LINKEN und
189 den anderen Parteien sahen, sind zu Nichtwähler*innen (520.000) geworden und 160.000
190 Wähler*innen sind von der LINKEN sogar zur AFD gegangen.

191 Zu 1. Dass DIE LINKE bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin unterdurchschnittlich verloren
192 hat, ist kein Gegenbeweis. In der Stadt gab es durch den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und
193 Co enteignen“, den DIE LINKE als einzige Partei unterstützt hat, eine beispiellose Politisierung.
194 Dass DIE LINKE trotzdem Stimmen verloren hat, ist ein Alarmsignal. Umgekehrt sind z.B. die
195 Zugewinne der Direktkandidatinnen Jorinde Schulz (30,1%, + 10,9%) und Lucy Redler (26,6%,
196 +7,4%) in Nord-Neukölln ein Beleg, was mit einer anderen Orientierung in diesem Umfeld
197 möglich gewesen wäre. In Thüringen führte diese Politik gar zum Erstarren der AFD. Dort ist die
198 AFD bei der Bundestagswahl die stärkste Partei geworden.

199 Zu 3. Mit dem von den Partei- und Fraktionsvorsitzenden am 6. September 2021 vorgelegten
200 „Sofortprogramm für einen Politikwechsel“ wurde für eine Regierungsbeteiligung ohne
201 Diskussion in den Parteigremien das eigene Wahlprogramm einkassiert und damit ein
202 wahltaktisches Eigentor geschossen.

203 Zu 4. Z.B. hätte der Streik in den Berliner Krankenhäusern im Wahlkampf – viel stärker als
204 geschehen – bundesweit zum Thema gemacht, praktische Solidarität organisiert und mit der
205 Pflegekampagne der Partei verbunden werden müssen. Diese Aufgabe stellt sich nun auch nach
206 der Wahl. (Auch der kämpferische Streik der GDL wurde von der Partei nur halbherzig und zu
207 spät unterstützt.)

208 Diese Schwerpunktsetzung muss integraler Bestandteil des in der Ausarbeitung befindlichen
209 Aufgabenpapiers des Landesvorstands werden.

210 Zu 5. DIE LINKE geht davon aus, dass der Kapitalismus eine Klassengesellschaft ist und die
211 Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Kapitalistenklasse einander unversöhnlich
212 gegenüberstehen und die vielfachen globalen Krisen des Kapitalismus im Rahmen des Systems
213 nicht gelöst werden können. Die eindeutige Mehrheit in Berlin für die Enteignung der

214 Immobilienkonzerne muss von der Linken genutzt werden, diese Kampagne in Berlin massiv
215 außerparlamentarisch zu unterstützen, und auch bundesweit die Enteignung aller
216 Immobilienkonzerne zu fordern. Die Enteignungskampagne in Berlin muss darüber hinaus von
217 der Linken genutzt werden, um die Notwendigkeit der Überführung der Banken und Konzerne in
218 Gemeineigentum durch Enteignung zu fordern und dafür zu kämpfen. Entschädigung darf es nur
219 für Klein- und Belegschaftsaktionäre geben.

220 Als Material: ANTRAG von LAG Antikapitalistische Linke (AKL) vom LANDESPARTEITAG
221 5./6.12.2020 „Gegen Regierungsbeteiligung“.

222

223 **G1 Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und**
224 **Bildung, rechtlicher und finanzieller Lenkung**

225

226 Antragstellerin: Ökologische Plattform

227 *»Jede und jeder sorgt für sich, soweit sie oder er dazu imstande ist. Nur wenn das jemand nicht*
228 *kann, dann helfen die anderen. Oder auch nicht. Man arbeitet bloß dann zusammen, wenn man*
229 *etwas nur gemeinsam schafft. Oder selbst dann nicht. Wenn ich allein nicht weiterkomme,*
230 *helfen die Familie oder Freunde. Wenn die etwas nicht lösen können, übernimmt die Gemeinde,*
231 *wenn Gemeinden etwas allein nicht können, koordiniert das Land, wenn Länder etwas nicht*
232 *schaffen, macht es der Staat. In Europa gibt es darüber hinaus noch die EU und global die UNO.*
233 *Oder eben nicht. Man nennt das Subsidiaritätsprinzip.“ (Daniel Elsberg)*

234 Kompakte Siedlungsstrukturen mit örtlichen Wirtschaftskreisläufen sind lange schon einer
235 räumlichen Trennung von Wohnort, Arbeitsleben, Freizeitvergnügen und sozialen Kontakten
236 gewichen. In Baden-Württemberg mit seiner starken Automobilindustrie, kommt dem PKW zur
237 Beförderung heute eine dominierende Bedeutung zu, der öffentliche Personen-nahverkehr ist
238 nur in städtischen Ballungsräumen ausreichend entwickelt. Doch immer stärker werden die
239 Schattenseiten dieser Automobilität sichtbar. Immense Pendlerströme überlasten die Straßen,
240 Auto- und LKW-Verkehr bringt gesundheitsschädigenden Lärm und Luftschadstoffe in die
241 Gemeinden, der Ressourcenverbrauch ist gewaltig genauso wie der Ausstoß klimaschädlicher
242 Emissionen.

243 Immer mehr wertvoller Freiraum fällt dem Straßenausbau und neuen Logistikgewerbeflächen
244 zum Opfer. Öffentlicher Raum in den Städten wird durch die hohe Kfz-Dichte unattraktiv und
245 verödet. Der fortschreitende Ausbau der Hochleistungsverkehrsinfrastruktur löst die skizzierten
246 Probleme nicht, überfordert jedoch schon heute im Unterhalt die Straßenbaulastträger.
247 Mobilität wird zudem stetig teurer, denn die Ära des billigen Öls neigt sich dem Ende zu. Mobil
248 zu sein ist durch diese historisch gewachsenen räumlich getrennten Strukturen Voraussetzung
249 für die gesellschaftliche Teilhabe, doch immer mehr Menschen können diesen Preis nicht mehr
250 bezahlen. Die hohe Geschwindigkeit des Verkehrs führt zur Zersiedelung und erzeugt so eigene
251 Raumstrukturen. Es überwiegen die Kapitalinteressen von Großkonzernen, die nur an Rendite
252 denken und nicht an die Interessen der Menschen. 60% der Gütertransporte können durch
253 regionales Wirtschaften vermieden werden. Der Preis des Gütertransports muss abhängig von
254 der Transportdistanz gemacht werden, um diese verfehlten Entwicklungen einzudämmen.

255 Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine andere
256 Perspektive zugrunde: die solidarische regionale Strukturpolitik. Die Teilhabe der Bürgerinnen
257 und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir
258 Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze,
259 Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz,
260 auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen.
261 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe
262 und Vergünstigungen können das Ausbluten der strukturärmeren Regionen stoppen.
263 Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Behörden
264 können in die Regionen verlagert werden. Es ist ein Anreizsystem für Unternehmensgründungen
265 zu schaffen (Kap 5).
266 Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"
267 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die
268 Menschen zur Arbeit.

269

270 **1 Boden ist Gemeingut und keine Ware**

271 Alle Rufe nach mehr Bauen und nach billigerem Bauen sind ein politischer Holzweg und
272 ignorieren die Grenzen des Bauens. Solange die Zuwanderung in die Boomzentren nicht
273 deutlich abnimmt, wird sich an der Wohnungsnot in diesen Metropolregionen wenig ändern.
274 Statt kontraproduktive "Bauoffensiven" sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für
275 überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig. Deutschland bewegt
276 sich derzeit in eine wohnungspolitische und regionalpolitische "lose-lose-Situation". Die
277 Boomregionen werden immer teurer, die Mieten explodieren, die Infrastrukturen werden
278 immer unzureichender und die Lebensqualität für die Mehrheit sinkt. In den Krisenregionen
279 dagegen verfallen ebenfalls die Infrastrukturen und auch hier nimmt die Lebensqualität bedingt
280 durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit ab.
281 In Krisenregionen stehen ca. 2 Mio. Wohnungen leer, aber in den Boomzentren fehlen ca. 1 Mio.
282 Wohnungen. Dort ist Boden knapp und die relative Knappheit des Bodens begrenzt das
283 Wohnungsangebot.
284 Boden ist eine endliche Ressource und in menschlichen Betrachtungszeiträumen nicht
285 vermehrbar. Sie zu schützen bedeutet die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende
286 Generationen zu erhalten, planetare Grenzen anzuerkennen, und so einen ökologischen
287 Gesellschaftsvertrag zu erfüllen.
288 Die Entstehung von 10 cm fruchtbaren Bodens setzt 1.000 Jahre an Erosion, Witterung
289 und biologischen Zersetzungsprozessen voraus. Einmal versiegelte Böden sind für immer
290 verloren, denn sie verlieren ihre Funktionen für den Wasserhaushalt und das Klima,
291 stehen nicht länger als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zur Verfügung und sind nicht
292 länger nutzbar für eine Landbewirtschaftung.
293 Dieses bedeutet, dass auf dem knappen, nicht vermehrbaren Boden nur die jeweils für
294 Bodenbesitzer und Bauträger lukrativste Nutzung realisiert wird und weniger lukrative Projekte
295 unterbleiben. Diese profitorientierten Projekte sind beispielsweise Gewerbeimmobilien,
296 Bürogebäude oder Hotels. Da außerdem seit einiger Zeit die Wohnungspreise stärker steigen als
297 die Mieten, werden bevorzugt Eigentumswohnungen gebaut und keineswegs die benötigten
298 günstigen Mietwohnungen.

299

300 Zusammengefasst: Es existieren in den Wachstumszentren einfach nicht genug ausreichend
301 schnell erschließbare Flächen. Die Marktmechanismen, die das Angebot und die Nachfrage nach
302 Wohnungen in Übereinstimmung bringen sollen, gibt es nicht. Der Markt kann nicht für mehr
303 Flächen und für ein bezahlbares Wohnungsangebot sorgen, die politischen
304 Eingriffsmöglichkeiten sind begrenzt und die Menschen können nicht beschließen, ab sofort
305 nicht mehr zu wohnen.

306 Doch der Wanderungsdruck wird aufrechterhalten. Wanderungen in die Wachstumszentren
307 werden weniger durch persönliche Vorlieben oder hippe kulturellen Neigungen ausgelöst,
308 sondern sind weitestgehend durch die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung sowie in
309 zweiter Linie durch die Hochschulentwicklung zu erklären.

310 Die Menschen ziehen von Städten und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hier vor allem
311 auch Jugendarbeitslosigkeit in Regionen mit mehr und mit besseren Jobs. Und dabei handelt es
312 sich vor allem um eine innereuropäische Wanderung. Seit der europäischen Krise ab 2008 sind
313 viele Menschen aus Italien, Griechenland oder auch aus Portugal in die deutschen
314 Wachstumszentren gezogen. Dies zeigt das Totalversagen von Standortpolitik.

315 Die Wirtschaft und vor allem die großen Unternehmen agieren und investieren weiterhin völlig
316 ungerührt von regionalen Erfordernissen oder gar von der Wohnungsnot. Aufgrund der
317 Produktivitätscluster wandern Investitionen und damit Arbeitsplätze in einige wenige
318 Ballungsräume, weil das betriebswirtschaftlich für Konzerne und Unternehmen profitabel ist.
319 Mit diesen Standortentscheidungen wird der Boom weiter angeheizt und die Mietpreise in die
320 Höhe getrieben, was die ärmere Wohnbevölkerung vertreibt und damit die Gentrifizierung
321 insgesamt verschärft.

322 Warum nicht dort investieren, wo die Menschen nach wie vor dringend Arbeit brauchen?
323 Warum nicht dort für ausgezeichnete technische Unis für den wissenschaftlichen Nachwuchs
324 sorgen?

325

326 **2 Verkehrswachstum**

327 Auch die ökologische Wirkung dieser Regionalentwicklung ist negativ. Gelegentlich hört man die
328 Ansicht, die Metropolisierung sei ökologisch positiv zu bewerten. In den großen Städten ließen
329 sich der Verkehr und die Energiesysteme effizienter steuern als in einem stärker
330 dezentralisierten Raum. Auch die EU-Kommission geht davon aus. Zitat: "Cities are more
331 efficient in terms of energy and land-use and offer the possibility of a low-carbon lifestyle."
332 (Städte sind bezüglich Energie und Landnutzung effektiver und bieten die Möglichkeit eines

333 Niedrig-Karbon-Lebensstils). Auf den ersten Blick sprechen aber bereits die Alltagserfahrungen
334 in den Zentren gegen diese These. Wenn Metropolen ständig wachsen, das Umland aufsaugen
335 und gleichzeitig Wohnraum knapp und teuer wird, hat das auch Konsequenzen für den Verkehr:

336 Die Zahl der Pendler steigt und mit ihnen die Verkehrs- und Umweltbelastung in und um die
337 Zentren. Eine neue Studie des Bundesinstituts für Raumforschung spricht davon, dass
338 inzwischen 60 %- der Berufstätigen in Deutschland Pendler sind. Sie zeigt auch, dass die täglich

339 zurückgelegten Strecken zugenommen haben und Anfahrten von oft mehr als 100 km keine
340 Ausnahmen sind.

341
342 In Deutschlands Großstädten stockt der Verkehr. In Stuttgart z.B. steht jeder Autofahrer pro Jahr
343 46 Stunden im Stau. Mit Milliardenaufwand sollen neue Autobahnen wie z.B. der Nordoststring
344 um Stuttgart gebaut werden, was nur den Verkehr und damit den CO2-Ausstoß erhöht. Eine
345 polyzentrische Siedlungsstruktur könnte dagegen die ökologischen Belastungen minimieren.

346 Der individuelle Pendlerverkehr ist heute ein entscheidendes Problem. Der Autoverkehr nimmt
347 immer stärker zu. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stagniert. So bleibt der Anteil des
348 ÖPNV am gesamten "Mobilitätsmarkt" laut Studie Mobilität in Deutschland 2017 bei
349 unverändert 10%. Die Ressourcen werden immer noch zu stark in den Straßenbau und dem
350 Motorisierten-Individual-Verkehr (MIV) Verkehr investiert.

351 Stattdessen beherrscht eine unsinnige Schwerpunktsetzung auf Elektroautos die
352 Verkehrspolitik als könne man den Individualverkehr aufrechterhalten.

353 Aber es geht nicht nur um das Thema Verkehr: Die Zentralisierung von Arbeitsplätzen, wie z.B.
354 die Automobilcluster und Konsum führt darüber hinaus zu einer entsprechenden Konzentration
355 von Emissionen und Müll, von Wasser- und Energieverbrauch. Effizienter ist es, das Verhältnis
356 von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize für eine Stadt der
357 kurzen Wege, Wohnen und Arbeiten zu schaffen.

358

359 **3 Umwelt und Metropolisierung**

360 Das Fazit bezüglich der sozialen und ökologischen Auswirkungen der ungleichen
361 Regionalentwicklung lautet: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut, vor allem in den
362 Verliererregionen, ist Bestandteil und Folge der regionalen Divergenz in der Eurozone und steht
363 in einem engen Zusammenhang mit ihr. Zusätzlich zur individuellen Armut entwickelt sich in
364 diesen Regionen eine wachsende öffentliche Armut, die viele Aufgaben der staatlichen
365 Daseinsvorsorge unfinanzierbar macht und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit verstärkt.

366 Aber auch in den wachsenden Metropolen selbst nimmt die soziale Spaltung zu, steigende
367 Mieten und Wohnungsmangel, bedingt durch die Binnenwanderung und den permanenten
368 Nachfrageüberhang (Gentrifizierung), erzeugen finanziellen Druck und sinkende Lebensqualität.
369 Die ökologischen Konsequenzen der Metropolisierung sind eher negativ zu bewerten.

370 Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei
371 Ursachen:

372 - insgesamt und vor allem die Marktkonformität der Regionalpolitik und die verfehlte
373 Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik.

374 - die staatliche Sparpolitik,

375 - den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge

376 Die Sparpolitik zeigt sich anhand einiger weniger Zahlen: So beantragten die Regierungsparteien
377 2016 bei ihrer eigenen Regierung für die kommenden Jahre eine Festschreibung der Mittel für
378 die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) von
379 lediglich 624 Millionen Euro pro Jahr. Das sind umgerechnet 0,2 % des Bundeshaushalts. Die
380 Länder sind angehalten, aber nicht verpflichtet, noch einmal dieselbe Summe draufzulegen. Die
381 "Gemeinschaftsaufgabe", ein zentrales Element der Regionalförderung, ist damit völlig
382 unterfinanziert.

383 Die Politik der schwarzen Null, also der Zwang zu ausgeglichenen Haushalten, trifft die (meisten)
384 Länder und Kommunen in voller Härte. So beklagen die Sprecher der Deutschen Kommunen
385 regelmäßig deren Unterfinanzierung.

386

387 **4 Marktkonforme Kommunalpolitik**

388 Hinter diesem „Totsparen“ steht die Ideologie der Marktdominanz und Marktsteuerung. Der
389 Gedanke des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz ist auch in der Kommunalpolitik eine
390 zentrale Richtlinie. Gefördert wird nicht etwa mit dem Ziel, Schulen zu erhalten oder eine
391 flächendeckende Ausstattung mit Kliniken zu gewährleisten: Gefördert wird, um "Hilfe im
392 Wettbewerb" zu leisten. Und das hat mit Daseinsvorsorge für die Menschen gar nichts zu tun.
393 So formulieren die Regierungsparteien in ihrer Entschließung zur "Gemeinschaftsaufgabe
394 regionale Wirtschaftsstruktur" (GRW): "Ziel muss es dabei sein, ... die Wettbewerbsfähigkeit
395 und Eigenverantwortlichkeit der Regionen zu erhöhen, um sozialversicherungspflichtige
396 Arbeitsplätze zu schaffen."

397 Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur Gewinnung
398 von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren Gewinninteressen
399 untergeordnet. Die wesentliche eigene Finanzierungsquelle der Kommunen ist die
400 Gewerbesteuer. Damit stehen sie im "Wettbewerb" untereinander und müssen um
401 Industrieansiedlungen konkurrieren. Wer in dieser Dumpingkonkurrenz die besseren Karten hat,
402 dürfte klar sein: Die Clustereffekte saugen die Investitionen in die ohnehin reichen Zentren, die
403 mit ihren Gewerbesteuereinnahmen dann auch noch die besseren Infrastrukturen für
404 Investoren bieten können. Die finanzschwächeren Kommunen und Regionen haben in diesem
405 Spiel kaum eine Chance.

406 Dieser Wettbewerb führt zu einer Zersiedelung in den Boomregionen. Nicht nur Bayern und
407 Baden-Württemberg hinken daher den Zielen zum Flächensparen hinterher. Hemmungslos
408 werden selbst an kleine Orte Gewerbe- und Industriehallen ohne Rücksicht auf die
409 Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften in die Landschaft gestellt.

410 Mit Entwicklungskonzepten der Planungsbüros werden Leitbilder entworfen, die zumeist den
411 Wettbewerbsgedanken aufgreifen. So will man nicht nur mehr Arbeitsplätze und Wohnraum für
412 neue Einwohner schaffen, sondern auch die Kaufkraft abschöpfen. Einkaufsmärkte- und Zentren
413 entstehen mit überdimensionierten Verkaufsflächen, bilden die neuen Ortseingänge oder
414 umklammern mit den Logistikzentren die Ortschaften.

415

416 **5 Solidarische Regionalpolitik durch Investitionslenkung**

417 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe und
418 Vergünstigungen können das Ausbluten der ärmeren Regionen stoppen. Universitäten und
419 Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Ämter können in die Regionen
420 verschoben oder neu aufgebaut werden. Daneben gibt es Steuererleichterungen für
421 Unternehmensgründungen in den Regionen.

422 Damit ist aber Regionalpolitik bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir brauchen Elemente
423 einer neuen Investitionslenkung, die eine solidarische Regionalentwicklung ermöglicht.
424 Regionalpolitik auf EU-, aber genauso auf nationaler Ebene versucht notwendigerweise auch
425 heute schon, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Sie tut das in aller Regel durch
426 Subventionen. Diese Form von Subventionspolitik ist extrem unternehmerfreundlich und teuer.
427 Wer hat, dem wird gegeben, in der Hoffnung, dass damit noch ein paar positive regionale
428 Entwicklungseffekte herauspringen.

429

430 **5.1 Instrumente zur Investitionslenkung**

431 Notwendig ist etwas anderes vor - man könnte es auch "negative Subventionierung" nennen:
432 Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine
433 Investitionsbeschränkung und Verteuerung muss aber mit zwei Instrumenten arbeiten:

434 a) Rechtlich

435 Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale Selbstverwaltung. Hier
436 wären z.B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen eine straffere Anwendung
437 übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer nachhaltigen, intergenerationalen
438 Bauleitplanung Seitens der Fachaufsicht (insb. § 1 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss
439 insbesondere die Baunutzungsverordnung grundsätzlich neu formuliert werden, um
440 widerstandsfähige, integrierte Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von
441 Forderungen Agenda 21 vom Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem
442 Raumplanungsgesetz der Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben.
443 Insbesondere in Boom-Metropolen muss die Versiegelung un bebauter Böden mit ihren
444 wichtigen Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur zurückgebaut werden. Das
445 Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

446 b) Finanziell

447 Die Gewerbesteuern für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen
448 Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die
449 Gewerbesteuern nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten gestaffelt
450 werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und
451 Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits unterschiedliche
452 Steuersätze. aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering, um eine Lenkungswirkung zu
453 entfalten und sie orientieren sich ohnehin nicht am regionalpolitischen Ausgleich (Kommunale
454 Selbstverwaltung).

455 Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die Arbeitslosenquote,
456 eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Je höher die Beschäftigung, desto
457 höher die Gewerbesteuer. Für die reichen Kommunen müssten die Steuersätze im Vergleich
458 zum derzeitigen Stand damit deutlich heraufgesetzt werden. Die Mehreinnahmen, die
459 Boomstädte dadurch erzielen würden, müssen sie an die Kommunen und Regionen mit den
460 niedrigeren Gewerbesteuern abführen. Sie sollen dort dazu dienen, der weiteren Verarmung
461 dieser Kreise und Gemeinden entgegenzuwirken. Ein solches Steuersystem müsste neben einer
462 regionalpolitisch differenzierten Gewerbesteuer auch unterschiedliche steuerliche
463 Abschreibungssätze für Investitionen beinhalten. In den schwächeren Regionen werden durch
464 entsprechend verbesserte Abschreibungs-möglichkeiten Investitionen rentabler gemacht als in
465 den Boomzentren. Alternativ könnte ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich
466 geschaffen werden. Dieses Verfahren könnte ergänzt werden durch steuerliche Anreize zur
467 Vermeidung von weiteren Flächenverbrauch.

468 Es ginge darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"
469 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen
470 zur Arbeit.

471 DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln. Ziel ist,
472 die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen und diese verlässlicher – d.h. von der
473 konjunkturellen Lage unabhängiger – zu gestalten. Hierzu ist die Bemessungsgrundlage zu
474 verbreitern: Alle unternehmerisch Tätigen sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden,
475 auch sog. freie Berufe wie Steuerberater oder Architekten, die bislang von der Zahlung der
476 Gewerbesteuer ausgenommen sind. Kleine Gewerbebetriebe und Freiberufler sollen steuerlich
477 entlastet werden können. Andererseits sollen Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren
478 in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis berücksichtigt werden. Diese würde um obige
479 Vorschläge erweitert werden

480

481 **5.2 Regionale Wirtschaftskreisläufe gedeihen lassen**

482 Bleibt die Frage, nach der Art und Ausrichtung der Investitionen: Dieser Aspekt der regionalen
483 Wirtschaftskreisläufe ist bisher stark unterbewertet. Regionalisierung kann den Aufbau von
484 Arbeitsplätzen in der jeweiligen Region fördern, sie kann vor allem aber auch ökologisch sinnvoll
485 sein. Besonders deutlich wird das an der Regionalisierung der Energieerzeugung. Der Übergang
486 zu regenerativen Energien in der Energiewirtschaft schafft die Möglichkeit und auch die
487 Notwendigkeit zu einer Dezentralisierung. Denn die Sammlung von Regenerativen ist eine
488 kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Insofern liegt es nahe, dass die kommunale
489 Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort arbeitenden Energiefachleute,
490 den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit
491 ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken.

492 Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale
493 Produktionsnetze bilden. Ein wesentlicher Vorteil der Regionalisierung von
494 Produktionskreisläufen kann ist auch der Rückgang des Verkehrs. Wo nicht mehr
495 grenzüberschreitend nach dem Prinzip des billigsten Standortes produziert und die

496 hergestellten Güter dann zu immensen Umweltkosten quer durch ganz Europa transportiert
497 werden, fallen die Umweltbelastungen durch die "rollenden Lager" weg.

498 Hier besteht auch ein Ansatz zur Förderung von Regionalisierung: Die Transportkosten müssen
499 deutlich erhöht werden. Wenn es unrentabel wird, Güter quer durch Europa zu transportieren,
500 die auch regional produziert und verteilt werden könnten, entsteht ein Raum für die
501 Ausdehnung lokaler und regionaler Produktionen.

502 Durch zusammenarbeitende Akteure und Verflechtungen im Mikrokosmos mit Kleinstrukturen,
503 mittelständischen Betrieben sind eine Vielzahl von Existenzen mit existenzsicherndem
504 Einkommen möglich. Integration von Betrieben in den Orten, Verzahnung mit der
505 Landwirtschaft im Umland, statt weniger Großunternehmen mit wenigen Arbeitsplätzen,
506 durchrationalisierter Arbeit, Schichtarbeit und prekären Verhältnissen. In die strukturschwachen
507 Regionen gehören weniger die Ableger von Unternehmen der Boomregionen, wichtiger sind
508 dort verortete Geschäftssitze.

509 Entwicklungsschwerpunkte müssen auch dort geprüft werden, wo Strukturen zerfallen sind,
510 Gewerberuinen, Industriebrachen oder leerstehende Büro-/ Wohngebäude umgenutzt werden
511 können.

512

513 **5.3 Technologie- und Wissenschafts-Transfer**

514 In den gängigen Konzepten zur Regionalentwicklung wird häufig ein großer Wert auf die
515 Digitalisierung der abgehängten Regionen gelegt. Man geht davon aus, dass bei einer
516 flächendeckenden Versorgung mit Glasfasernetzen auf dem Land neue Möglichkeiten der
517 Produktion, Dienstleistung und Beschäftigung entstehen. Die abgehängten Regionen sollen also
518 durch Start-ups und durch Digitalwirtschaft gerettet werden. In den Medien erscheinen immer
519 wieder Berichte über vielversprechende Start-ups auf dem Land. Diese Beispiele zeigen, was
520 vielleicht möglich wäre - aber nicht, was sich hauptsächlich entwickelt. Nämlich eine
521 Zentralisierung der Digitalwirtschaft, Stärkung der wirtschaftsgeographischen „Euro-Banane“,
522 einem Reichtumsgürtel von Hamburg über Südholland, Rheinland, Rhein-Main, Oberrhein,
523 München bis Wien.

524 Aber natürlich würde die Digitalisierung einer solchen korrigierenden Regionalpolitik
525 Möglichkeiten schaffen. Beispielsweise kann sie es erleichtern, Arbeitsplätze zu dezentralisieren
526 und zu verlegen. Eine aktive Regionalförderung könnte also allein schon durch die Schaffung
527 von Heimarbeitsplätzen oder dezentralen Standorten der weiteren räumlichen
528 Zusammenballung von Arbeit und Arbeitsplätzen zumindest ein wenig entgegenwirken.

529 Auch regionale Produktionskreisläufe ließen sich durch die Digitalisierung fördern, weil sie
530 Plattformen für räumlich stärker verteilte Produktions- und Dienstleistungsstandorte liefern
531 könnten. Bereits heute gibt es Datenbanken und Ausschreibungsplattformen, die regionale
532 Produzenten und Zulieferer miteinander vernetzen.

533 Digitalisierung kann und soll für eine nachhaltige Energiepolitik eingesetzt werden.

534 Eine aktive Regionalpolitik muss aber noch weitergehen und flankierend zu neuen dezentralen
535 Tätigkeiten auch Forschungseinrichtungen und Universitäten teilweise dezentralisieren und
536 Wissenschaftszentren in abgehängten Regionen aufbauen und fördern - also die Entstehung
537 alternativer regionaler Cluster systematisch initiieren und fördern.

538 6 Jedem Bürger muss in jeder Stadt und in jeder Region eine ausreichende Daseinsvorsorge
539 garantiert und zur Verfügung gestellt bekommen.

540 In der deutschen Regionalpolitik wird derzeit mit Ortskonzepten (Zentrale-Orte-Konzept)
541 operiert, an denen Grundausstattungen der Daseinsvorsorge festgemacht werden. Allerdings
542 natürlich, wie immer in der deutschen Politik: Unverbindlich und ohne Rechtsanspruch für die
543 Bürger*innen.

544 In dieser staatlichen Raumplanung wird zwischen Ober-, Mittel- und Unterzentren
545 unterschieden. Dabei sollen Mittelzentren ein Einzugsgebiet von 30.000 bis 35.000 Menschen
546 haben und in 45 Minuten erreichbar sein, Unterzentren einen Einzugsbereich zwischen 7.000
547 und 10.000 Menschen. Ein Unterzentrum dient der Grundversorgung der Einwohner aus dem
548 Umland. Es sollte eine Vielfalt an zentralen Einrichtungen aufweisen.

549 Das muss aber durchgesetzt werden. Eine Konzentration auf die Stärkung von Unterzentren und
550 ein Unterzentren-/Mittelzentren-Konzept wäre ein Fortschritt. Allerdings fehlt es weitgehend an
551 Instrumenten (und am Willen) zur Durchsetzung. Darüber hinaus geht es aber nicht nur um den
552 Gegensatz Metropole/Land. Auch in ärmeren städtischen Regionen gibt es große
553 Versorgungslücken, die gefüllt werden müssen.

554 Ausdünnen der Daseinsvorsorge und die Beschränkungen der staatlichen Ausgaben hatten aber
555 die Divergenz im Eurogebiet beschleunigt. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und
556 Förderung eines sozialen/ kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden.
557 Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen
558 wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und
559 Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich
560 zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und kommunalen
561 Körperschaften.

562 Solche Standards gibt es in Ansätzen bereits. In Deutschland beispielsweise formulieren die
563 Kassenärztlichen Vereinigungen Ärzteschlüssel pro zehntausend Einwohner, Sportverbände
564 definieren Regeln zur Erreichbarkeit und Ausstattung von Sportstätten und dergleichen mehr.
565 Auch die kommunalen Aufsichtsbehörden legen Mindeststandards fest Das alles steht bisher
566 allerdings unverbindlich und unverbunden nebeneinander. Diese Regeln und Richtwerte sollten
567 also überprüft. angepasst und vor allem verbindlich gemacht werden.

568

569 **7. Statt Wettbewerb: Zusammenarbeit von Kommunen, Planungsverbänden, Ländern**

570 Nun hat Politik aber auch immer ihre ideologische und vor allem ihre interessensgeleitete Seite.
571 Wirtschaft und Konzerne haben kein Interesse an ausgleichender Regionalpolitik. Sie sind an der
572 Stärkung eines Metropolenmodells mit ausgelagerten Werkbänken und entsprechendem
573 Standortdumping interessiert.

574 Für eine alternative Kommunal- und Regionalpolitik ist aber generell und explizit die Aufgabe
575 des "Wettbewerbs"-Konzepts notwendig. Es ist richtig, dass die kommunale Selbstverwaltung
576 eine wesentliche Säule der Demokratie ist. Kommunalparlamente, Stadträte mit Rechten und
577 Kompetenzen ermöglichen Bürgerbeteiligung. Allerdings ist schnell Schluss mit der
578 Bürgerbeteiligung, wenn der "Wettbewerb" unter den Kommunen tobt. Wenn neue
579 Gewerbegebiete und Investitionen notwendig sind, um die Steuereinnahmen zu erhöhen,
580 diktiert sofort wieder "die Wirtschaft" das Geschehen und die Konditionen und keineswegs die
581 "Bürger*innen".

582 Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die
583 Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren Planungsverbänden
584 definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame Entwicklungsziele umzusetzen.

585

586 **7.1 Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern (aus** 587 **Bundestagswahlprogramm)**

588 Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur
589 sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen
590 neben der Landesregierung und Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und
591 Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

592 Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im
593 Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und
594 Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und
595 geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

596 • Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale
597 Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet
598 werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung
599 gleichberechtigt berücksichtigt werden.

600 • Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, durch
601 Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir
602 einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie
603 verankern. Zudem wollen wir eine sozialökologische Wirtschaftskammer einrichten, die
604 regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer
605 Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

606 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie
607 weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen
608 Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von kollektiven
609 Belegschaftsanteilen vergeben werden. Bei dem Verkauf von Unternehmen müssen die
610 Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

611

612 **7.2 EU-Wettbewerbsrecht**

613 Die Grundlagenverträge der EU, der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag über
614 die Arbeitsweise der Europäischen Union sind von einem engmaschigen Netz an
615 Rechtsvorschriften und Regelwerken umgeben, die den Interessen großer Wirtschaftskonzerne
616 und Banken dienen und tief ins Räderwerk der Ökonomie auf nationalstaatlicher Ebene
617 eingreifen. So schränken die insbesondere von den führenden Nationalstaaten mitgestalteten
618 Wettbewerbsrechtlichen Instrumente der EU zu denen gerade auch das Beihilferecht gehört
619 inzwischen in immer unerträglicherem Ausmaß die gesellschafts- und wirtschaftspolitische
620 Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein.

621 Einschränkungen staatlicher Handlungsfähigkeit nicht hinnehmbar

622 Die Einschränkungen lassen sich exemplarisch zeigen an den EU-Struktur- und Investitionsfonds
623 und den mit ihnen verbundenen restriktiven Regelungen für Kofinanzierungen, Beihilfen und
624 Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber. Sie be- und verhindern, dass sich insbesondere auf
625 lokaler und regionaler Ebene Klein- und Kleinstunternehmen und mittelständische
626 Unternehmen breit entfalten können und mithin der Aufbau stabiler, langfristig sich selbst
627 tragender Wirtschafts- und Wertschöpfungskreisläufe mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen
628 gelingt. Damit wird dem dringend notwendigen und längst überfälligen sozial-ökologischen
629 Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft schwerer Schaden zugefügt

630 Deshalb sind Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über derzeit geltende
631 Subventionswerte in der De-Minimis-Verordnung hinaus so anzuheben und auszugestalten,
632 dass eine für Arbeit und Umwelt wirksame Mittelstandspolitik in strukturschwachen Regionen
633 in Gang gesetzt werden kann. Im Agrarsektor sind Beihilfen auf umweltgerechten und
634 ressourcenschonenden Landbau (sowohl integriert als auch ökologisch) zu beschränken und
635 kräftig über die derzeit genehmigungspflichtigen Subventionen hinaus anzuheben.

636 Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen von Aufträgen sind zu streichen. Die
637 öffentlichen Auftraggeber sollen selbst entscheiden, ob sie ihre Aufträge für Bauen, Wohnen,
638 Arbeit und Umwelt europaweit oder national und mithin zumeist lokal oder regional
639 ausschreiben.

640 Grundlegende Verbesserungen für eine lokale und regionale Struktur- und Investitionspolitik
641 werden sich jedoch letztlich nur erreichen lassen, wenn das restriktive Regelwerk und mit ihm
642 das EU-Wettbewerbsrecht vollständig fällt. Erreichen lässt sich das aber nur, wenn das gesamte
643 EU-Vertragssystem abgeschafft wird und es zu einem Neustart der EU kommt, der die Türen
644 öffnet für eine demokratische und sozial-ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

645

646 *Beschlossen 1.10.21 LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg*

647 Basis dieses Antrags: Alternative Regionalpolitik (Aus isw 120 Roland Charles Pauli BOOMSTÄDTE und
648 Schrumpfreionen - Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der
649 Eurozone) und Antrag Z11 Landesparteitag der LINKEN von Matthias Böhringer.